



**WAS HILFT GEGEN**

**LANGZEITARBEITSLOSIGKEIT?**

**Dennis Tamesberger**

E-Mail: [Tamsberger.d@akooe.at](mailto:Tamsberger.d@akooe.at)

Twitter: @tamesberger

Zurück in die Beschäftigung.

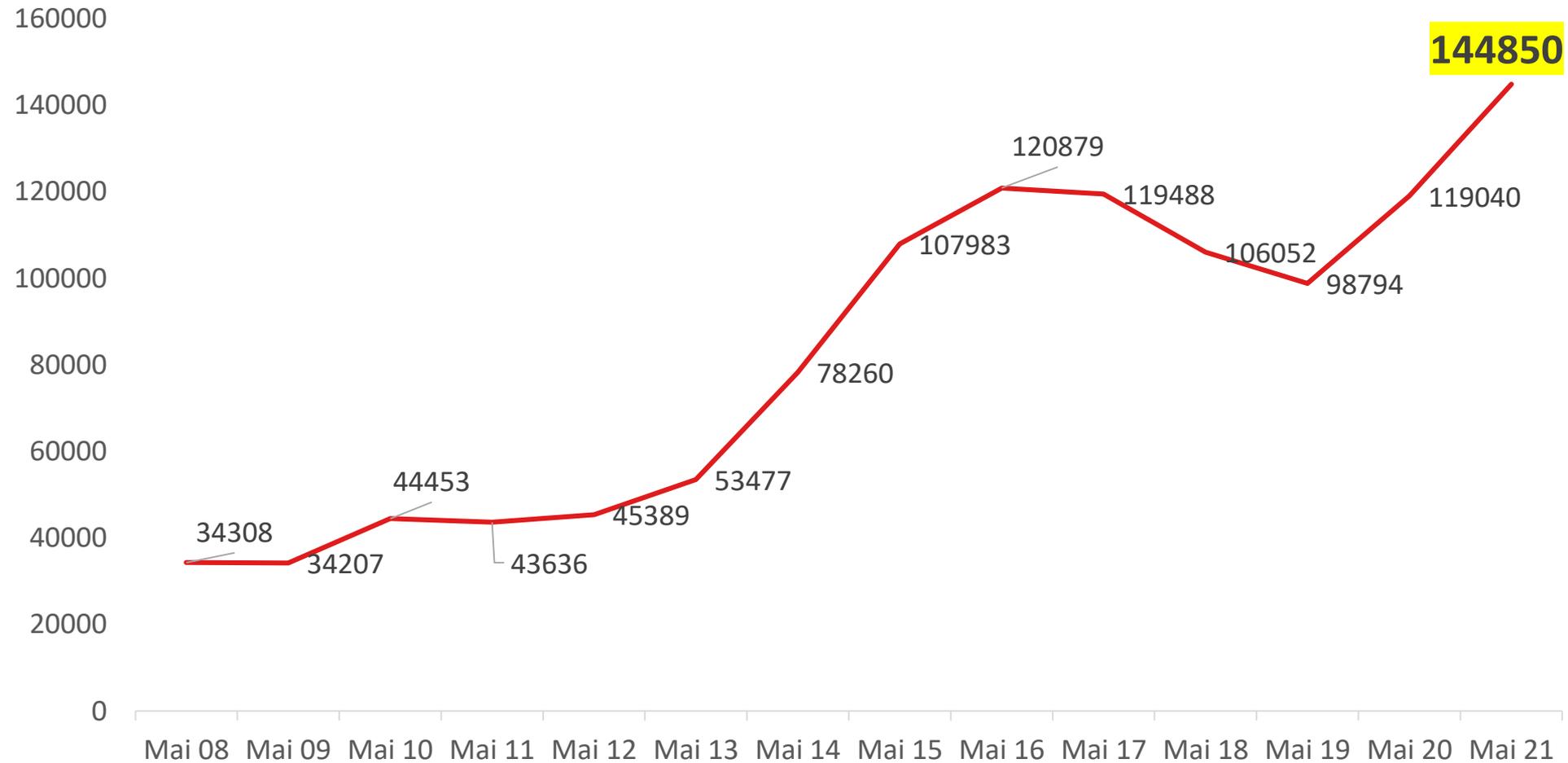
Wege aus der Arbeitslosigkeit

30.06.2021

Universität Salzburg, AK Salzburg

**AK**  
Oberösterreich

# Langzeitbeschäftigungslose



# (Arbeits-)Marktversagen

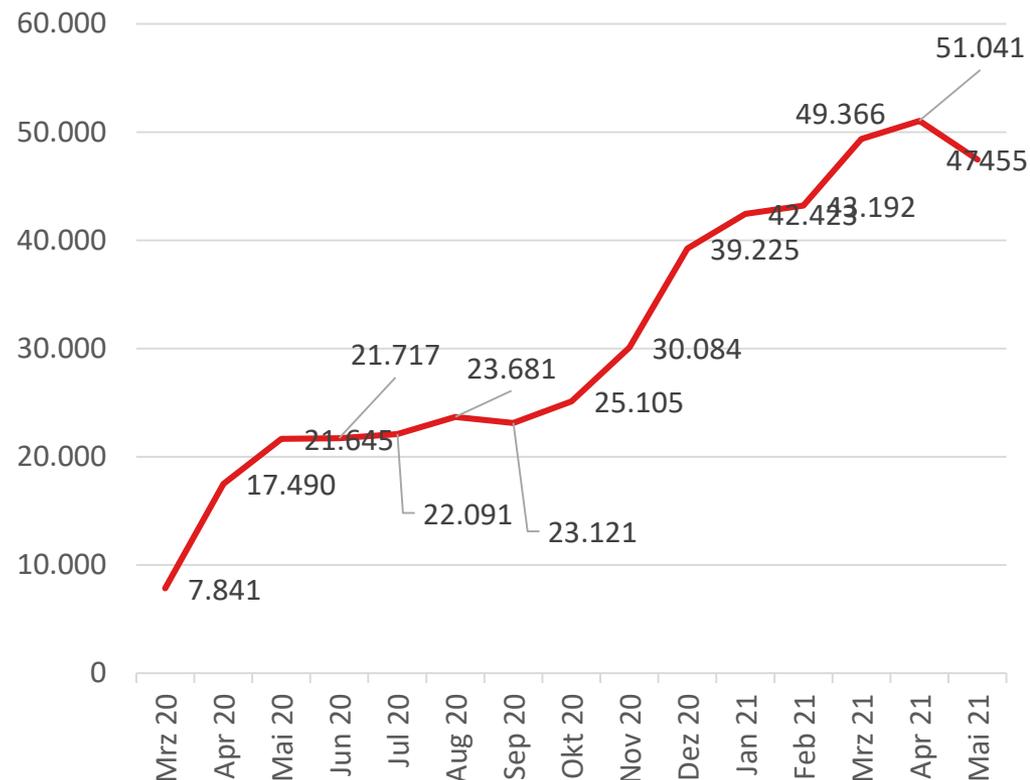
**Für viele Menschen hat der der Arbeitsmarkt bereits vor Corona nicht funktioniert**

- Langzeitarbeitslosigkeit als Konsequenz der Rezession und Hysterese
- Trotz Angebot, also dem Willen zu arbeiten, finden Hunderttausende Menschen in Österreich keine Arbeit
- Arbeitslosigkeitsdauer als Stigma (Nüß 2017; Farber et al. 2018)
- Negative Haltungen gegenüber älteren Arbeitssuchenden (Beschäftigungsobservatorium 2012)
- Zweiteilung des Arbeitsmarktes (Eppel et al. 2012, 2015):  
Übergangswahrscheinlichkeiten Arbeitslosen-Typ 7 (119.205 arbeitsmarktferne Personen):
  - 25-44-jährige → 23,7%
  - 45-54-jährige → 14,5%
  - 55-65-jährige → 4,4%

# Politikversagen

- ➔ Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit war in der Corona-Krise vorhersehbar
- ➔ 13 Monate kaum spezifische Maßnahmen gegen Langzeitarbeitslosigkeit (Ausnahme Magma)
- ➔ Yo-Yo-Effekt des politischen Nicht-Handels
- ➔ Projekt Sprungbrett sehr spät und wenig ambitioniert

Veränderung  
Langbeschäftigungslosigkeit  
im Vergleich zu vor Corona-Krise (Feb.  
2020)



# Altes, neoliberales Paradigma

- Weg von der passiven Leistungsgewährung hin zu aktive AMP und auf negative **Anreize** (Peck 2001; Mohr 2008)
- Leistungsbezieher werden nicht länger als Arbeitslose betrachtet, deren Einkommen gesichert werden muss, sondern Arbeitssuchende müssen sich anpassen und Jobs um jeden Preis annehmen (Hartz IV)
- Neoliberalismus in Österreich vergleichsweise gering verbreitet. Dennoch: seit den 1980ern lässt sich in der Arbeitsmarktpolitik Ansätze beobachten (Atzmüller 2009).



# Altes, neoliberales Paradigma



- Mehr Sanktionen führen nicht zu mehr Beschäftigungsaufnahmen sondern zum Rückzug vom Arbeitsmarkt (WIFO 2017)
  - Degressives Arbeitslosengeld
    - **Simulationen in Ö:** Kaum Einsparungen bzw. viele Verlier\*nnen (WIFO 2019)
    - **Schweden:** Wirkung nur am Beginn.
- Sinnvoll wäre progressive Variante, da der Konsumeinbruch bei Langzeitarbeitslosigkeit bedeutend ist (Kolsrud et al. 2018)

## Arbeitslosengeld, Zumutbarkeit: ÖVP-Wirtschaftsbund will Regime für Arbeitslose verschärfen

Das Arbeitslosengeld soll unter 40 Prozent sinken. Zudem sollen Langzeitarbeitslose Jobs in ganz Österreich annehmen. Grüne, SPÖ, FPÖ und GPA sind empört

7. Mai 2021, 15:41 2.187 Postings

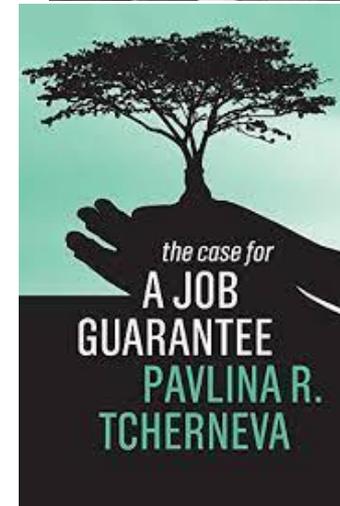
Wien – Der ÖVP-Wirtschaftsbund möchte, dass Langzeitarbeitslose Jobs in ganz Österreich annehmen müssen und ihr Arbeitslosengeld auf unter 40 Prozent gesenkt wird. Dies berichtet die "Presse" (Freitag) unter Berufung auf ein internes Arbeitspapier des Wirtschaftsbunds. Chef des Wirtschaftsbundes, einer ÖVP-Teilorganisation, ist Wirtschaftskammer-Präsident Harald Mahrer. SPÖ, FPÖ und Gewerkschaft reagieren empört. Widerstand kam auch vom Koalitionspartner, den Grünen.

Soziale Kälte

# Neues Paradigma: Jobgarantie



- Vorschläge für eine Job Garantie (z.B. **Hyman P. Minsky, Pavlina R. Tcherneva; Alexandria Ocasio-Cortez**) werden in den USA zum wirtschaftspolitischen **Mainstream**
- Ausgaben, die sonst für Arbeitslosigkeit anfallen, werden für die Finanzierung von Jobs herangezogen
- Der Staat agiert als **Arbeitgeber letzter Instanz**
- Pufferbestand an öff. finanzierten Jobs
- Verwirklichung des **Menschrechts auf Arbeit**
- **Button-up-Ansatz** –Gemeinden/Städte
- **Care-Programm**: Care für die Umwelt, Care für die Menschen und Care für die Gemeinden



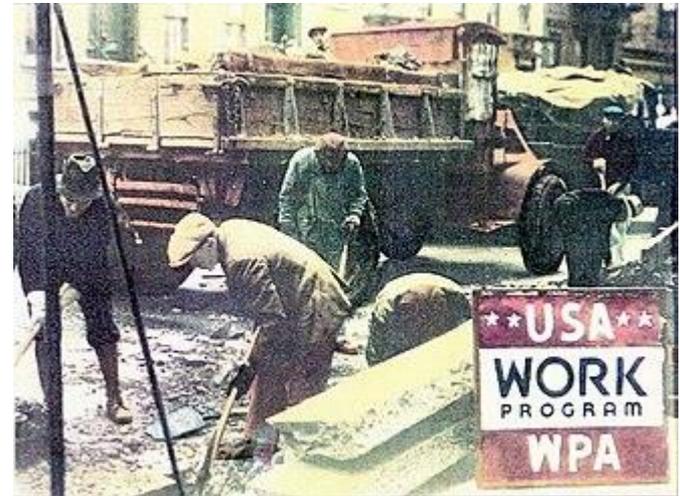
# Die Vorteile der Jobgarantie

- Arbeit ist mehr als Einkommen
- Arbeitslose können sich Qualifikationen erhalten/aneignen
- Erweiterung des Fachkräftepotenzials
- Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichheit werden verringert
- Die Verantwortung für Arbeitslosigkeit gelangt von der individuellen auf die politische Ebene
- Stärkung der Verhandlungsmacht von Arbeitnehmer\*innen, Verbesserung von Arbeitsbedingungen
- Die Gesellschaft profitiert von sinnvollen Produkten / Dienstleistungen
- Sie wirkt antizyklisch, stabilisiert die Konsumnachfrage und Steuereinnahmen.
- Sinnvolle regionalpolitische Projekte z.B. zum Auf- und Ausbau von Infrastruktur, sozialen Dienstleistungen und Umweltschutzmaßnahmen.

# Beispiele für Jobgarantien

## Roosevelt's Public Works Administration Program – New Deal – 13 Mio. Jobs

- Anstellung von 14.500 geringqualifizierte Frauen zum **Ausbau der Bibliotheken** am Land
- **Civilian Conservation Corps:** für arbeitslose junge Männer 18-25 Jahren, deren Familien Sozialhilfe empfangen: Aufforstungen, Bau von Straßen, Bekämpfung von Bodenerosion. Bis 1942 2,9 Millionen junge Männer
- **Arbeitsbeschaffungsprogramme**  
Kriterien: arbeitsintensiv und zugleich längerfristig sinnvoll z.B. öff. Gebäude, Brücken, Schwimmbäder, Straßen, Aufschließung von ländlichen Regionen
- ...



# Beispiele für Jobgarantien

- ➔ **Schweden 1938 bis 1970** – Recht auf Arbeit (6 Monate im öff. Sektor), statt Recht auf Einkommen
- ➔ **Niederlande 1994-1999** Melkert 1 – 55.000 Jobs für geringqualifizierte Langzeitarbeitslose
- ➔ **Argentinien „Jefes de Hogar“ (2001):**
  - Ausgangspunkt waren Massenarbeitslosigkeit und Proteste
  - Die JG reduzierte die AL von 21% auf 8,4% (2007)
  - TN-Kriterien: Kinder unter 18 J., Personen mit Behinderungen, schwangere Frauen.
  - Kommunale Projekte (Kindergärten, Obdachloseneinrichtungen, Gewaltschutz, Recycling etc.) – Initiativen von Arbeitslosen und Armen selbst
  - Kosten 1% vom BIP, 2 Mio. TN, 13 % aller ArbeitnehmerInnen in der JG
  - TN-Zahl ging mit der Konjunkturerholung wieder zurück, obwohl viele gering qualifiziert waren
  - 93 % von den AN, die nach Jefes einen Job in die Privatwirtschaft fanden, hatten einen höheren Lohn
  - Positive Evaluationen: Deutliche Verbesserung der Lebensumstände, vor allem von Frauen. Erwerbsarbeit hat zum Empowerment von Frauen beigetragen

# Chance 45 – Das AK- Modell

- ➔ Dienstverhältnisse ab 30 Wochenstunden für ältere Langzeitbeschäftigungslose
- ➔ Kollektivvertraglichen Entlohnung und dabei mindestens 1.700 € Brutto (für Vollzeit)
- ➔ Träger für die Förderung können öffentliche oder gemeinnützige Einrichtungen sein.
- ➔ Es sollen sinnvolle Beschäftigungsprojekte geschaffen werden, die dazu beitragen soziale, ökologische und/oder ökonomische Strukturen einer bestimmten Region zu verbessern.
- ➔ Regionale Bevölkerung gemeinsam mit der Regionalpolitik und des AMS in die Wahl und Administration der geförderten Projekte einbeziehen „municipal participatory budgeting“

Neustart durch befristete Staats-Förderung von Stellen

## AK-Plan mit Jobgarantie für die Langzeit-Arbeitslosen

Die Zahl der Langzeit-Beschäftigungslosen ist wegen Corona von rund 100.000 auf 147.000 gestiegen. Die Regierung plant Maßnahmen. Laut AK-Experten könnte eine geförderte „Jobgarantie“ vielen den Neustart ermöglichen.

Für die „Krone“-Initiative hat AK-Ökonom Simon Theurl ein Modell als „Weg aus der Krise“. Jobgarantie bedeutet, dass Betroffene eine Beschäftigung bekommen, die von Gemeinden und AMS organisiert wird. Bedarf gebe es z. B. bei Kin-

dergärten, Gesundheit (Zustellung von Essen auf Rädern), Transportdiensten für Senioren usw. Bezahlt würde der KV-Mindestlohn. Für 40.000 Jobs rechnet Theurl mit Kosten fürs Budget von 1,5 Mrd. €, durch Ersparnis-

von Arbeitslosengeld, Rückfluss von Lohnsteuer etc. seien es netto aber nur rund 300 Mio. €. Als Anreiz, möglichst bald einen Normal-Arbeitsplatz zu suchen, würde die Hilfe schrittweise reduziert, „daher sind die Kosten im vierten Jahr dann null, ab dem fünften Jahr gibt es sogar Einsparungen“. CE



# Chance 45 Kosten

## Passivkosten

Bruttokosten Langzeitarbeitslosigkeit 15.671 €

—

Rückflüsse durch Steuereinnahmen  
und SV-Beiträge 5.101 €

=

Nettokosten Langzeitarbeitslosigkeit 10.570 €

## Aktivkosten

Ausgaben Jobgarantie 36.516 €

—

Rückflüsse durch Steuereinnahmen  
und SV-Beiträge 17.717 €

=

Nettokosten Jobgarantie 18.799 €

Mehrkosten Jobgarantie: ~ 8.229 € pro Jahr und pro Person

Für 40.000  
belaufen sich die  
notwendigen  
Bruttokosten auf  
**1,5 Mrd. €**,  
Nettokosten auf  
rund **329 Mio. €** im  
ersten Jahr.

# Gemeinwohlorientierte Beschäftigungsfelder

- ➔ Große Bedarfe bestehen **bereits jetzt** im Bildungs- (Kinderbetreuung, Ganztagschulen) und Sozialbereich (Pflegeheime). Derzeit teilweise schlechte Arbeitsbedingungen bzw. unzureichende Versorgung aufgrund zu geringer Personalschlüssel.
- ➔ Kreislaufwirtschaft, leistbares Wohnen, öffentlicher Verkehr etc.
- ➔ Auch in der aktuellen Corona-Krise: Contact-Tracing, Test- und Impfstraßen, Unterstützungspersonal in den Schulen etc.
- ➔ Gemeinden, Bürger/-innen u. Träger sozial-öko. Dienstleistungen sind dabei keine Nebenschauspieler\*innen, die den unsichtbaren Händen des Marktes ausgeliefert sind – sie selbst können gestalten und schon jetzt vorausschauend den Bedarf an Tätigkeiten aufzuzeigen.

# Positive Evidenz in Österreich

- ➔ **Aktion 20.000:** Für Arbeitsplätze bei Gebietskörperschaften oder bei gemeinnützigen Einrichtungen übernahm das AMS bis zu 100 Prozent der kollektivvertraglichen Entlohnung für maximal zwei Jahre
- ➔ 3825 Personen eine geförderte Beschäftigung aufgenommen
- ➔ 41% im 6-monatigen Nachbetrachtungszeitraum in regulärer Beschäftigung
- ➔ Aufgrund der höheren Beschäftigungsintegration werden sich die Mehrkosten der Aktion 20.000 bereits nach 3 <sup>3</sup>/<sub>4</sub> Jahre (45 Monate) selbst refinanziert haben.

**Wenn der Markt nicht in der Lage ist,  
genügend Arbeitsplätze zur Verfügung  
zu stellen, dann muss der Staat als  
Arbeitgeber letzter Instanz fungieren.**

# Für Fragen stehe ich gerne zur Verfügung

Dennis Tamesberger  
Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik

Arbeiterkammer Oberösterreich  
Volksgartenstraße 40, 4020 Linz

MOBIL +43 (0)664 88 96 83 08  
E-MAIL [tamesberger.d@akooe.at](mailto:tamesberger.d@akooe.at)  
WEBSITE [ooe.arbeiterkammer.at](http://ooe.arbeiterkammer.at)